

THE AUSTRIAN ANNA LINDH NETWORK ACTIVITY:

Demokratie! aber wie?

**Gesellschaftliche Vielfalt und Differenz – Herausforderungen für Partizipation
und Repräsentation?**



SUMMARY

PUBLIC FORUM I

**“Inklusion als Illusion für MigrantInnen?”
(inclusion for migrants an illusion?)**

Aula Uni Campus Altes AKH

25/6/2014

Edited by:

Gerald Strohmeier, Linda Unterrainer, Cengiz Günay

in cooperation with:

**Department for Development Studies / University of Vienna, the Austrian
UNESCO Commission, YCC, IKF, IDEAZ and OKTO.**

Abstract english

The first of two open public fora entitled “Inclusion as Illusion for Migrants?” dealt with the question whether migrants can take part in democratic processes and if so how they participate. Among the invited speakers were Alev KORUN, member of the Austrian Parliament, Die Grünen; Alexander NIKOLIC artist and activist; Senad HERGIC, program manager, OKTO; Kenan GÜNGÖR, who is an international expert in the field of integration and diversity; Hakan GÜRSES from the Austrian Society of Political Education and Martin GÖSSL, scientist and expert in the field of integration for the Styrian government.

Abstract deutsch

Das erste von zwei offenen Diskussionsforen mit dem Titel „Inklusion als Illusion für MigrantInnen?“ beschäftigte sich mit den Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen an demokratischen Prozessen. Zu den geladenen DiskutantInnen zählten Alev KORUN, Abgeordnete zum Nationalrat, Die Grünen; Alexander NIKOLIC, Künstler und Aktivist; Senad HERGIC, Programmkoordinator von OKTO; Kenan GÜNGÖR, internationaler Experte für Integrations- und Diversitätsfragen; Hakan GÜRSES von der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung und Martin GÖSSL, Wissenschaftler und Referent für Integrationsfragen der steirischen Landesregierung.

Zusammenfassung

Am 25. Juni veranstaltete das österreichische Anna Lindh-Netzwerk in der Aula im Alten AKH ein Public Forum mit dem Titel „Demokratie! aber wie? Gesellschaftliche Vielfalt und Differenz – Herausforderungen für Partizipation und Repräsentation?“. Die Veranstaltung bestand aus zwei thematisch zusammenhängenden Public Foren, die von den basisdemokratischen Diskussionsforen der unterschiedlichen europäischen und außereuropäischen Protestbewegungen inspiriert waren. Demnach waren alle TeilnehmerInnen dazu eingeladen sich an einer offenen und gleichberechtigten Debatte zu beteiligen.

Zu Beginn des ersten Public Forums richtete der Moderator Cengiz Günay an die Nationalratsabgeordnete Alev Korun die Frage, ob die Repräsentation von MigrantInnen zwangsläufig auf bestimmte (Nischen-)Themen beschränkt sei und dies folglich zu einer „Schubladisierung“ führe. Korun hob in ihrem Statement hervor, dass Repräsentation auch eine

Machtfrage darstelle: Wer vertritt wen? Wer darf sichtbar werden? Wer darf in wessen Namen sprechen? Ihr zufolge ist die Repräsentation von MigrantInnen nicht automatisch auf Nischenthemen beschränkt, allerdings stecke selbige in Österreich noch in den Kinderschuhen und sei teilweise noch nicht einmal Nischenthema. In Deutschland gebe es bereits



seit den 70er-Jahren das aktive und passive Wahlrecht für ausländische und inländische StaatsbürgerInnen in den Gewerkschaften, in Österreich existiere dieses erst seit der 2000er Jahren. Da es noch immer viele Einschränkungen im politischen Bereich gibt, bestehe diesbezüglicher Nachholbedarf. Denn die Repräsentation, z.B. in Gewerkschaften, stelle oft einen ersten Schritt für die aktive Mitarbeit in politischen Parteien dar. Da Korun im Nationalrat auch Menschenrechts- und Außenpolitiksprecherin war, negierte sie die Frage hinsichtlich der Schubladisierung „migrantischer“ Themen bei den Grünen. Gleichzeitig betonte sie, dass es nicht selbstverständlich ist, dass es migrationserfahrene Menschen in eine parteipolitische Position schaffen, in der sie über Migration sprechen können. In diesem Sinne müsse dies auch als Erfolg und Empowerment für eingewanderte Menschen gewertet werden.

Dabei kam die Frage auf, ob Menschen insgesamt repräsentiert werden können. Denn Hakan Gürses zufolge werden in Demokratien nicht Menschen, sondern politische Einstellungen, vielleicht noch soziale Gruppen oder „Klassen“ repräsentiert. Diese Zugehörigkeiten lösen sich jedoch, z.B. durch die

(inhaltliche) Angleichung politischer Parteien, zunehmend auf. Aufgrund dessen müsse die Frage der Repräsentation von MigrantInnen unbedingt in Zusammenhang mit politischen Parteien diskutiert werden.

Des Weiteren kam auch die tendenziell wertkonservative Haltung vieler MigrantInnen in Bezug auf ihr Wahlverhalten zur Sprache. Laut Kenan Güngör existiert das Paradoxon, dass MigrantInnen gegen ihre Überzeugungen und Werte wählen, weil andere Parteien ihre Interessen besser vertreten, nur in der Diaspora. Wenn wertkonservative ZuwandererInnen auch hier in Österreich wertkonservativ wählen würden, würde dies eine Normalisierung darstellen. In Österreich kommen die meisten MigrantInnen aus Ländern, die vergleichsweise konservativer, meistens autokratischer und oft auch religiöser und nationalistischer geprägt sind. Folglich werde es zu neuen Glaubenskämpfen kommen, bei denen z.B. NationalistInnen, die austreten wollten, Raum einfordern. In diesem Zusammenhang sieht Güngör ein Problem darin, dass die Debatte um Partizipationsmöglichkeiten zu sehr von einem normativ besetzten Begriff geprägt sei und zu oft mit dem Prinzip der Selbstähnlichkeit gearbeitet werde. In diesem Zusammenhang wurde auch die „österreichische“ Angst thematisiert, dass MigrantInnen, würde man ihnen das Wahlrecht zugestehen, „falsch“ wählen würden. Korun zufolge wäre es jedoch absurd, Teilhaberechte davon abhängig zu machen, was jemand wählen würde. Von TeilnehmerInnen aus dem Publikum kam dazu der Einwurf, dass man aber auch erst die Befähigung zur Teilhabe, d.h. politische Bildung, haben muss, um partizipieren zu können und politische Bildung in Schulen gestärkt werden sollte. Daraufhin stellte die Nationalratsabgeordnete die Frage nach den EU-BürgerInnen, die auf Bezirks- oder Gemeindeebene wählen dürfen, ohne dass politische Bildung vorausgesetzt wird. Zudem warf Korun die Frage auf, wie man Menschen, die nicht unser Schulsystem durchlaufen haben, integriert.

Auch Gürses sieht Defizite in Bezug auf die politische Bildung bei Erwachsenen und plädierte dafür, dass politische Bildung ein eigenes Schulfach sein sollte, wies jedoch darauf hin, dass politische Bildung auch über informelle Kanäle stattfindet. Man könne den Leuten nicht beibringen, wen oder was sie wählen sollen. Wenn MigrantInnen z.B. die FPÖ wählen, sobald sie das Wahlrecht haben, sei das keineswegs verwunderlich, da die FPÖ eine nationalistische Partei ist. Daran anschließend erzählte der Künstler Alexander Nikolic von seinem Projekt „Wahlwechsel“, bei dem alle Menschen – unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit – wählen durften. Das Projekt habe gezeigt, dass die bestehende Angst, dass MigrantInnen „falsch“ wählen könnten, unbegründet sein. Vielmehr stelle sich für viele MigrantInnen die Frage, wen sie wählen sollen.

Für Korun wäre es logisch und wünschenswert, wenn alle Menschen, die in einer Stadt zusammenleben, auch offiziell mitbestimmen könnten. Die Realität sehe aber ganz anders aus: Denn 50 Jahre nach der ersten Gastarbeiteranwerbung in Österreich haben viele MigrantInnen immer noch kein Mitbestimmungsrecht – nicht einmal auf Bezirksebene. Aufgrund dessen müsse Mitbestimmung, vor allem auf kommunaler Ebene, vom Reisepass abgekoppelt werden. Weiters müsse gesehen werden, dass Mitbestimmung auch zivilgesellschaftliches Engagement, das über „Wählen gehen“ hinausgeht, beinhalten sollte. Auch im Publikum gab es Stimmen, die in Zusammenhang mit dem Gang zur Wahlurne grundsätzlich effizientere Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements sehen, die jedoch nicht jedem offen stehen. In diesem Sinne solle weniger über Demokratie an sich diskutiert werden, da es eigentlich um den Prozess gehe, an dem sich die Mehrheitsbevölkerung, nicht jedoch die MigrantInnen ohne Staatsbürgerschaft beteiligen können. Daran anknüpfend stellte sich die Frage, wie man MigrantInnen in den demokratischen Prozess einbinden könne, was jedoch ohne Staatsbürgerschaft schwierig erscheint.



Das Thema Staatsbürgerschaft wurde weiters von unterschiedlichen TeilnehmerInnen aufgegriffen und diskutiert. Dabei bestand Einigkeit darüber, dass es problematisch sei, dass die Staatsbürgerschaft an verschiedene – ökonomische oder wie von Nikolic betont sprachliche – Voraussetzungen geknüpft sei. Denn die Verleihung des hohen Guts „Staatsbürgerschaft“ stelle – der aktuellen, politischen Debatte zufolge – die Krönung des Integrationsprozesses dar, das man sich zuerst verdienen müsse. Nikolic sprach in diesem Zusammenhang von einer Retraditionalisierung in Europa in den letzten 20-30 Jahren. Abhängig davon, ob die Eltern die „richtige“ Identität haben, kann ein Kind die Staatsbürgerschaft erlangen, wobei auch Sprache zu einem wichtigen Kriterium geworden sei. Seiner Meinung nach müsste mit einer erleichterten Staatsbürgerschaft geantwortet werden. Man dürfe MigrantInnen nicht erpressen Deutsch zu lernen, da dies den Beigeschmack einer Selektion habe.

Während ein Teilnehmer das Problem darin sieht, dass das hohe Gut die Staatsbürgerschaft und nicht die Demokratie ist, ist sich Güngör nicht sicher, ob Demokratie tatsächlich das höchste Gut ist. Denn die Legitimationskrise der Demokratie sei zweiseitig: Während ein beachtlicher Teil jener Menschen, die wählen dürfen, nicht wählen wollen, existieren auch viele Menschen, die wählen

wollen, jedoch nicht dürfen. Oft werde Demokratie auch mit Liberalität verwechselt, wobei man vor allem am Beispiel des arabischen Raums sehe, dass Demokratie nicht automatisch mit Liberalität zusammenhängt.

Ein weiteres Thema der Diskussion waren „migrantische“ Vereine. Der Nationalratsabgeordneten Korun zufolge muss dabei „migrantisch“ immer unter Anführungszeichen gesetzt werden, da der Begriff ansonsten die gesamte Welt außerhalb Österreichs als homogen darstelle. Außerdem sei der Großteil der MigrantInnen nicht in Vereinen organisiert, weshalb die Frage hinsichtlich „migrantischer“ Vereine als legitime Vertretung für den bzw. die Einzelne viele MigrantInnen ausklammert und folglich negiert werden müsse. Demgegenüber sind Vereine Repräsentanten ihrer Mitglieder. Trotzdem passiere es immer wieder, dass seitens eines Vereins postuliert werde: Wir vertreten die Interessen „der“ Serben, „der“ Türken usw. Dies müsse jedoch bezweifelt werden, wobei der Umkehrschluss, dass man auf diese Vereine verzichten könne, nicht gezogen werden kann. Manchmal treten sogar Mitglieder von Vereinen an die Parteien heran und verlangen ein Mandat, da sie eine bestimmte Anzahl von Stimmen repräsentieren. In diesem Zusammenhang artikuliert eine Teilnehmerin aus dem Publikum die Problematik, dass „migrantischen“ Initiativen aufgrund ihrer fehlenden Wahl-Legitimation von offizieller Seite oft die Legitimität aberkannt werde, wenn diese gemeinsame Beschlüsse z.B. auf Bezirksebene fassen.

Des Weiteren wurde auch das Spannungsverhältnis zwischen Heimat und Fremde vom Moderator thematisiert, der dem Künstler und Aktivist Alexander Nikolic die Frage stellte, warum Heimat- und Kulturvereine wichtig sind und ob ethnische oder kulturelle Vereine zu sogenannten Parallelgesellschaften oder zur Erweiterung und Öffnung der Gesellschaft beitragen. Nikolic hat die Strukturen der jugoslawischen Arbeitervereine, die während des Bürgerkriegs teilweise auseinandergebrochen bzw. entlang nationaler und religiöser Bruchlinien „ethnisiert“ worden sind, analysiert. Seiner Meinung nach haben diese Vereine viele widersprüchliche Situationen generiert und produziert: So habe der jugoslawische Sonderweg zum einen den politiklosen Arbeiter, zum anderen aber auch durch autonome Selbstverwaltung einen partizipativen – wenn auch eingeschränkten bzw. von den Geheimdiensten kontrollierten – Raum geschaffen. Nikolic sieht in Österreich nur sehr eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten und damit einhergehend eine Krise der Repräsentation.



In Zusammenhang mit Vereinen wurde weiters die Frage nach der Durchlässigkeit des Systems gestellt. So warf der Moderator die Frage in den Raum, ob Vereine dazu

dienen bestimmte Gruppen dort zu halten, wo sie sind und eine Veränderung bzw. Verbesserung ihrer Position zu verunmöglichen. Korun zufolge entwickeln sich Vereine mit den Generationen, sodass Vereine für verschiedene Generationen unterschiedliche Bedeutung haben. Laut Nikolic muss in diesem Zusammenhang auch die Ökonomie berücksichtigt werden, da es in vielen Vereinen hauptsächlich darum gehe, Kindertrachten zu (ver)kaufen. In diesem Sinne stellen Vereine Interessensgemeinschaften dar, die auf vielen verschiedenen Ebenen tätig sind. Darauf beziehungsweise verweist Güngör auf das jeder Organisation und somit auch „migrantischen“ Organisationen immanentes Interesse der Selbsterhaltung. Aufgrund dessen müssen diese Vereine versuchen ihre Klientel zu behalten, wobei Benachteiligung ein Vorteil sein könne, da dadurch ein Bounding-Effekt entstehe. Wenn jeder seinen individuellen Weg der Integration ginge, würden sie den Zusammenhalt als Gemeinschaft verlieren, was sich auf die Frage, was machen wir mit ausgetragenen Kindertrachten oder auch in Bezug auf die Kultur, die man an die Kinder weiter geben wolle, auswirken würde. Aufgrund dessen existiere ein begründetes Interesse nicht zu durchlässig zu werden sowie eine Angst vor Atomisierung. In elitentheoretischen Zusammenhängen werden in und durch diese Vereine auch Machtbasen aufgebaut, um eine bestimmte Positionierung in den Communities zu erlangen. Dabei kritisiert Güngör, dass, wenn über MigrantInnen gesprochen wird, eher die Mehrheitsgesellschaft kommuniziert und daraus die Schwierigkeiten mit MigrantInnCommunities abgeleitet werden, sodass die internen Dynamiken dieser Communities viel zu kurz kommen.

Hakan Can vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) zufolge spiegelt sich die Fragmentierung des Heimatlandes in den Vereinen in Österreich wider. Diese professionalisieren sich immer mehr und haben auch den Kontakt zu den Communities. Seine Meinung, dass Integration nicht nur über die Staatsbürgerschaft laufe und das restriktive Gesetz zur Erlangung der Staatsbürgerschaft somit keinen Hemmschuh für die Integration darstelle, wurde kontrovers diskutiert.

Auf die „migrantischen“ Vereine zurückkommend, hielt Gürses fest, dass es in Österreich kein Gesetz gibt, das diese verbietet. Anders liege der Fall in Deutschland, wo es dies bereits gegeben habe. Trotzdem seien politische Vereine von MigrantInnen in Österreich nicht erwünscht, weswegen die meisten Vereine Kultur- oder Sportvereine sind. Dadurch haben sich Gruppen gebildet, die dort, wo Sport stattfinden sollte, Verbalsport betrieben haben. Wichtig scheint Gürses weiters der Begriff „Community“, der aus dem Englischen kommt und seiner Meinung nach keine politische Einheit bezeichne. Die Problematik des Begriffs liege darin, dass er politisch unterschiedlich denkende MigrantInnen als eine – auch politische – Einheit betrachte. Man verlange von politisch heterogenen MigrantInnen, dass sie nach außen einheitlich organisiert sind. Infolge dessen werde eine teilweise

auch rassistische Unterscheidung zwischen Inländer und Ausländer akzeptiert. Während es in der „Inländerpolitik“ Vielfalt geben soll, darf es bei MigrantInnen kein politisches Links und Rechts geben.

Anschließend richtete der Moderator die Frage nach der Existenz eines „migrantisches“ Milieus bzw. einer „migrantischen“ sozialen Klasse und einem eventuell daraus resultierenden gemeinsamen sozialen Anliegen an Senad Hergic, Programmkoordinator von OKTO. Konkret wurde auch nach dem einenden Element der OKTO-ZuseherInnen gefragt. Hergic musste bei seiner Arbeit als



Programmkordinator erfahren, dass Bildung und soziale Herkunft oft wichtiger als Sprache und ethnische Zugehörigkeit sind, sodass sich z.B. seine eigenen Landsleute nicht zwingend mit einer Sendung in ihrer Muttersprache identifizieren. Zwar werde OKTO oft als „migrantischer“ Sender dargestellt, allerdings handle es sich um einen

partizipativen Fernsehkanal, der auch eine Plattform für nicht migrantische Gruppen darstellt. Nur 20-30% aller Sendungen sind nicht in deutscher Sprache. Als verbindendes Element der OKTO-ZuseherInnen sieht der Programmkoordinator das Interesse an Themen abseits des Mainstreams. Ihm zufolge gibt es weder ein „migrantisches“ Milieu noch „die“ MigrantInnen.

Darauf bezugnehmend wurde die Frage nach der Rolle der Medien für die Reproduktion eines bestimmten Bildes von MigrantInnen aufgeworfen. Dies konkretisierend stellte Günay die Frage, ob dadurch nicht Stereotypen und in weiterer Folge das Bild von der Andersartigkeit „der“ MigrantInnen gefestigt wird. Gürses zufolge sind in diesem Zusammenhang Begriffe von großer Wichtigkeit. Als Beispiel führte er den Unterschied zwischen MigrantIn und GastarbeiterIn an. Letzterer passe in den Diskurs, demnach die InländerInnen von MigrantInnen „überraunt“ würden und verstärke so die Opferthese.

Der zweite thematische Teil des Public Forums beschäftigte sich mit der Frage hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen, deren Konsequenzen und dem Spannungsfeld zwischen „migrantischem Aushängeschild“ und Interessensvertretung. Kenan Güngör verwies diesbezüglich auf die im Zunehmen begriffenen gesellschaftlichen Widersprüche. Seiner Meinung nach ist ein nicht-normativer Blick relevant, da MigrantInnen von der Objekt- in die Subjektrolle wechseln. Dies stelle eine erste Transformation, allerdings zum Erlebnissubjekt, dar. Eine andere Form der Empathie, von Identifikation und Ablehnung finde statt. Des Weiteren verwies der Soziologe darauf, dass die Begriffsverwendung von Selbst- vs. Außenwahrnehmung paradox sei. Ihm

zufolge sind diese Wahrnehmungen oft an einander gekoppelt: Je sichtbarer man wird, desto symbolischer werden alle Gesten. Der Begriff „Gast“ ist, in seinen Augen, mit einem verwurzelten Vorrecht verbunden – dem Vorrecht desjenigen, der schon da war. Aufgrund dessen baut das Gastprinzip auf Ungleichheit auf, weshalb es als Affront empfunden wird, wenn der Gast dieselben Rechte einfordert. In diesem Zusammenhang erklärte Nikolic, dass „der“ Gastarbeiter ein Phantom des Klassenantagonismus sei – willkommen zum Arbeiten, aber nicht zum Leben. Ihm zufolge kommt die Nomenklatur des Diskurses von einer hegemonialen Position, welche jedoch vom Wahlrecht ausgehebelt werden könne, wobei demokratische Rechte über das Wahlrecht hinausgehen müssen. Nikolic schätzt die Arbeit von Communities und Kollektiven, allerdings könne man von MigrantInnen nicht verlangen sich in ihrer Freizeit für die Gemeinschaft einzubringen. Trotzdem werde diese Arbeit geleistet.

Des Weiteren wurde auch das Konzept „Mehrheit/Minderheit“ vom Moderator thematisiert und gefragt, ob es sich dabei nicht um ein ganz bestimmtes nationalstaatliches und ethnisches Konzept handle. Gürses zufolge hat man bereits in den 80er-Jahren über die Doppelstaatsbürgerschaft bzw. Wohnbürgerschaft diskutiert. Heute stehe das demographische Paradigma im Vordergrund: Wie viele Kinder sollen MigrantInnen bekommen, damit sie hier bleiben dürfen bzw. nützlich sind? Da es in Bezug auf Gleichheit nicht darum gehe, eine bestimmte Gesellschaftsgruppe zu verteidigen, bedeuten Kämpfe für Gleichheit die Verteidigung der Gesellschaft als Ganzes. Dabei beschreibe das Begriffspaar „Mehrheit/Minderheit“ ein Verhältnis, das nicht gleichbleibend ist, was das Begriffspaar sinnvoll mache. Minderheiten, die es vor 50 Jahren gab, müssen heute nicht mehr existieren. Allerdings gibt es unterschiedliche Definitionen von Minderheit: sozialwissenschaftlich verwendet, versteht man darunter meistens eine Ethnie bzw. religiöse Gruppe; in der völkerrechtlichen Tradition hat der Begriff historisch-etymologische Bedeutung: eine bestimmte Gruppe, die numerisch in der Minderheit ist, wird diskriminiert; der politiktheoretische bzw. politikwissenschaftliche Begriff muss hingegen in Zusammenhang mit Macht gedacht werden: Zwar waren Schwarze während der Apartheid in Südafrika numerisch in der Mehrzahl, trotzdem stellten sie eine politische Minderheit dar. Generell hat sich der Begriff gewandelt, da er sich heute nicht mehr ausschließlich auf Ethnien bzw. Religionsgruppen beziehe, sondern Menschen auch z.B. aufgrund ihrer sexuellen Orientierung als Minderheit bezeichnet werden können. Bereits in den 80er- und 90er-Jahren wurde von „neuen Minderheiten“ gesprochen. Im politiktheoretischen Zusammenhang kam man davon weg von Minderheiten zu sprechen. In Österreich wurde der Begriff „Minderheit“ bis 1976 verwendet, dann wurde er durch das Volksgruppengesetz abgeschafft und durch den Begriff „Volksgruppe“ ersetzt. Letzterer bezieht sich – im Gegensatz zu den Begriffen „Mehrheit/Minderheit“, wie Korun betonte – nicht auf ein Machtverhältnis.

Abschließend warf der Moderator noch einmal Fragen hinsichtlich konkreter Partizipationsmöglichkeiten sowie Veränderungspotentialen in den Raum. Dabei merkte Gürses an, dass der Begriff „Partizipation“ problematisch ist, da er eigentlich nur Teilnahme meint, es jedoch um die Frage der Entscheidungsfindung geht. Zwar könne durch Partizipation bzw. die reine Anwesenheit etwas verändert werden, allerdings sei Demokratie ein Entscheiden unter Gleichen, weshalb es andere Konzepte brauche. Hergic zufolge ist politische Teilnahme nicht an ein Wahlrecht gebunden, da man auch durch die Teilnahme an Vereinen etwas politisch bewegen könne. Denn Partizipieren heiße zwar nicht automatisch zu Entscheiden, allerdings bedeute dies auch nicht, dass nichts verändert werden könne. Laut einer Studie der MA17 haben bereits mehr als die Hälfte aller Jugendlichen in Wien ein oder zwei zugewanderte Elternteile. In diesem Sinne stellen sie keine Minderheit dar, wobei Hergic die Meinung vertrat, dass man in dieser Stadt an so vielen Initiativen teilnehmen und folglich etwas verändern könne.